

Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB) **für Architekten- und Ingenieurleistungen**

Die folgenden Regelungen gelten ergänzend zu den Bestimmungen des Vertrags:

1. Weitere stets einzuhaltende Allgemeine Leistungspflichten des Auftragnehmers

1.1 Der AN ist verpflichtet, entscheidende Planungsschritte, insbesondere Änderungen, die Auswirkungen auf die Funktionalität, die Nutzflächen oder das Erscheinungsbild des Projekts haben, zunächst mit dem AG abzustimmen, bevor der AN die Planung endgültig fertigt. Der AN hat in Form einer Entscheidungsvorlage beim AG insbesondere abzufragen, ob Abweichungen von der bisherigen Planung, welche Auswirkungen auf die zeitliche Abwicklung des Projekts oder das Budget gem. § 1.4 des Vertrags haben, umgesetzt werden sollen. Dem AG steht eine Entscheidungsfrist von mindestens 12 Werktagen nach Vorlage der vollständig ausgefüllten Entscheidungsvorlage zu. Diesen zeitlichen Ablauf hat der AN entsprechend zu berücksichtigen.

1.2 Das Ergebnis der Leistungen jeder Leistungsphase im Sinne der Anlage 3.1 zum Vertrag ist vom AN zu dokumentieren. Der AN übergibt dem AG daher die von ihm erstellten Arbeitsergebnisse nach Abschluss der Leistungen jeder Leistungsphase im Sinne der Anlage 3.1 zum Vertrag digital in den folgenden Formaten:

- Tabellenkalkulationen .xls
- Pläne .dwg oder .dxf
- Textdateien: .doc

Daneben sind alle Unterlagen und Arbeitsergebnisse vom AN auch digital als durchsuchbares .pdf-Dokument (ocr-Format) in Farbe des Originaldokuments an den AG zu übergeben.

Die Übergabe erfolgt nach Wahl des AG auf einem Datenträger oder durch Bereitstellung zum Download durch den AG über einen Datenraum. Der AN wird beim AG rechtzeitig erfragen, auf welche Weise die Übermittlung der Daten erfolgen soll.

Eine Pflicht des AG zur Prüfung oder Überprüfung der übergebenen Arbeitsergebnisse des AN besteht nicht. Die Übergabe der vorstehenden Arbeitsergebnisse dient lediglich der Dokumentation. Etwaige Freigaben der Planung des AN sind nicht als Teilabnahme der Leistungen des AN zu werten. Auch führt die Freigabe einer Planung des AN nicht dazu, dass der AN für Mängel an seinen Leistungen nicht haftet oder noch ausstehende Restleistungen nicht mehr schuldet. Eine Beweislastumkehr ist mit einer Freigabe der Planung des AN ebenfalls nicht verbunden.

1.3 Der AN ist – auch im Falle einer vorzeitigen Beendigung dieses Vertrags – verpflichtet, dem AG sämtliche zur Erfüllung dieses Vertrages von ihm erstellten und beschafften Pläne und sonstigen Unterlagen binnen 7 Tagen nach Anforderung durch den AG an den AG digital in den Formaten gem. Ziff. 1.2 herauszugeben.

1.4 Der AN ist verpflichtet, bei seiner Planung den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu beachten. Diese Verpflichtung besteht für die Herstellungs-, aber auch für die Unterhalts-, Instandhaltungs-, Wartungs- und Betriebskosten. Der AN ist verpflichtet, eine unter Abwägung der Unterhalts-, Instandhaltungs-, Wartungs- und Betriebskosten einerseits sowie der Herstellkosten andererseits wirtschaftlich sinnvolle Planung zu erstellen. Bei mehreren alternativen Planungsmöglichkeiten hat der AN grundsätzlich diejenige zu wählen, welche die geringsten Kosten verursacht. Im Zweifelsfalle hat der AN dem AG die Alternative vorzustellen und die Entscheidung des AG einzuholen.

1.5 Der AN ist verpflichtet, den AG über die Notwendigkeit des Einsatzes von weiteren (Fach-)Planern, Sonderfachleuten, Nachweisberechtigten, Sachverständigen und Gutachtern sowie die von diesen benötigten Leistungen so rechtzeitig zu beraten, dass aus deren Beauftragung und Leistungserbringung keine Verzögerungen im weiteren Planungsablauf und bei der Realisierung des Projekts entstehen.

1.6 Notwendige Unterlagen und Informationen zur Erfüllung der ihm übertragenen Leistungen hat der AN so rechtzeitig selbst zu beschaffen, dass hieraus keine Terminverzögerungen entstehen.

Der AN verpflichtet sich, etwaig erforderliche Unterlagen bei den weiteren (Fach-)Planern, Sonderfachleuten, Nachweisberechtigten, Sachverständigen und Gutachtern sowie dem AG so rechtzeitig anzufordern, dass er seine Leistungen fristgerecht, mangelfrei und auf die Leistungen dieser Dritten abgestimmt erbringen kann. Rechtzeitig bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der AN die benötigten Informationen und Unterlagen so frühzeitig beim AG bzw. den genannten Dritten anzufordern hat, dass diesen auch in einem üblichen Geschäftsbetrieb ausreichend Zeit verbleibt, die Unterlagen zu beschaffen bzw. zu fertigen und dem AN zur Verfügung zu stellen.

Sollten die weiteren (Fach-)Planer, Sonderfachleute, Nachweisberechtigten, Sachverständigen und Gutachter ihrer Verpflichtung zur Vorlage von Unterlagen gleichwohl nicht oder nicht rechtzeitig nachkommen, ist der AN verpflichtet, den AG hierauf unverzüglich in Textform hinzuweisen, damit der AG seinen Einfluss auf diese Dritten ausüben kann.

1.7 Der AN ist seinerseits verpflichtet, alle von ihm zu erstellenden Arbeitsergebnisse und Pläne sowie hieraus resultierende erforderliche Informationen dem AG und den weiteren bereits derzeit sowie den künftig am Projekt Beteiligten und den Behörden und Prüfsachverständigen so rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, dass es zu keinen Verzögerungen in der Realisierung des Projekts kommt.

Dies gilt auch hinsichtlich der bauausführenden Unternehmen. Auch diesen sind im Falle der Beauftragung der Leistungen der Stufe 2 gem. § 3.1.2 des Vertrags die vom AN zu erstellenden Arbeitsergebnisse, Planungen und die hieraus resultierenden erforderlichen Informationen – unbeschadet der vereinbarten Termine – zumindest so rechtzeitig zu übergeben, dass es zu keinen Verzögerungen in der weiteren Planungs- und/ oder Bautätigkeit aufgrund vom AN nicht übermittelter Arbeitsergebnisse, Planungen oder erforderlicher Informationen kommt.

Darüber hinaus ist der AN verpflichtet, dem AG sowie etwaigen weiteren vom AG für das Projekt beauftragten (Fach-) Planern, Sonderfachleuten, Gutachtern und Sachverständigen jederzeit Auskunft über den Stand und Fortgang seiner Leistungen sowie den Inhalt seiner Planung zu geben, dem AG Einblick in die von ihm gefertigten Arbeitsergebnisse zu gewähren und dem AG die Zwischenstände seiner Arbeitsergebnisse auf Verlangen des AG in digitaler Form zu übergeben.

- 1.8 Der AN ist bis zur Schlussabnahme seiner Leistungen verpflichtet, den AG bei etwaigen rechtlichen Auseinandersetzungen mit anderen am Projekt Beteiligten (z.B. bauausführenden Unternehmen) in technischer Hinsicht zu unterstützen. Der AN hat den AG unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen Ansprüche des AG gegen andere am Projekt Beteiligte entstehen können. Eine Rechtsberatung hat der AN jedoch nicht vorzunehmen.

- 1.9 Der AN ist während der Dauer des Vertragsverhältnisses zur Aufbewahrung etwaiger ihm für das Projekt überlassener oder von ihm für das Projekt erstellter Originalunterlagen verpflichtet.

Der AG hat jedoch jederzeit Anspruch auf Einsichtnahme in solche Unterlagen und Herausgabe der zur Erfüllung dieses Vertrages vom AN erstellten Unterlagen. Die dem AN für das Projekt überlassenen Unterlagen sind spätestens mit der Abnahme der Leistungen des AN an den AG herauszugeben.

Der AG hat zudem jederzeit Anspruch Herausgabe der das Projekt betreffenden Originalunterlagen.

- 1.10 Der AN ist ferner verpflichtet, alle seine das Projekt betreffenden Arbeitsergebnisse für einen Zeitraum von 10 Jahren nach Abnahme der letzten von ihm erbrachten Leistung aufzubewahren, soweit der AG die Herausgabe dieser Arbeitsergebnisse nicht schon zuvor verlangt oder der AN sie zuvor an den AG übergeben hat. Sollte der AG eine vorherige Herausgabe verlangen, ist der AN verpflichtet, die Arbeitsergebnisse an den AG herauszugeben, elektronische Daten hierbei auf Datenträger. Der AN darf sich jedoch vor der Herausgabe Kopien der von ihm übergebenen Arbeitsergebnisse und Daten fertigen.

Die erforderlichen Versand- oder Transportkosten für die Übergabe der Arbeitsergebnisse und Daten sowie die Kosten für etwaige Datenträger trägt – soweit der AG von diesem Recht Gebrauch machen sollte – der AG.

- 1.11 Der AN ist zur Koordination von und zur Teilnahme an allen erforderlichen Abstimmungs- und Arbeitsgesprächen mit dem AG sowie etwaigen am Projekt beteiligten Dritten verpflichtet.

Es finden zudem regelmäßige Besprechungen, in der Regel wöchentlich, mit dem AG sowie den weiteren an der Planung des Projekts Beteiligten statt. Es sind insoweit Regeltermine abzustimmen.

Planungsbesprechungen oder sonstige erforderliche Besprechungen mit dem AG oder den weiteren am Projekt Beteiligten hat der AN eigenverantwortlich zu koordinieren, zu organisieren und durchzuführen. Der AN hat den AG jedoch auch über solche Termine rechtzeitig zu informieren, die ohne den AG mit den weiteren am Projekt Beteiligten stattfinden. Dem AG steht es hierbei frei, an sämtlichen Besprechungen selbst oder durch seine Beauftragten teilzunehmen.

Die Besprechungen mit dem AG finden in Frankfurt am Main in den Räumlichkeiten des AG statt, werden auf Verlangen des AG jedoch alternativ per Videocall oder als Telefonkonferenz geführt.

Der AG ist mit einem Vorlauf von möglichst 1 Woche über etwaige über die Regeltermine hinausgehende weitere erforderliche Besprechungstermine zu informieren.

- 1.12 Der AN ist verpflichtet, jeweils zum 03. Werktag eines Monats den Stand der Vertragserfüllung einschließlich der Entwicklungen des vorherigen Monats schriftlich in einem kurzen und übersichtlichen Statusbericht zu dokumentieren. In diesem Statusbericht ist jeweils auch mitzuteilen, ob und welche Änderungen sich im Hinblick auf die vereinbarten Termine sowie die Kosten gegenüber dem Vormonat ergeben. Sollten die vereinbarten Termine oder festgelegten Kosten nicht eingehalten werden können, ist der AN verpflichtet, in dem Statusbericht die Gründe hierfür konkret zu benennen.

- 1.13 Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AN und anderen am Projekt Beteiligten oder sonstigen Dritten, z.B. (Fach-) Planern, Gutachtern, Prüfsachverständigen, Bauunternehmen, Behörden, welche den Leistungsbereich des AN betreffen, ist der AN verpflichtet, dem AG den streitigen Sachverhalt und seine technische Empfehlung hierzu in Textform darzulegen und unverzüglich eine Entscheidung des AG in Textform abzufordern, wie weiter verfahren werden soll.

Bedenken des AN gegen eine vom AG vorgegebene oder von anderen am Projekt Beteiligten oder sonstigen Dritten vorgesehene Ausführung, hat der AN dem AG unverzüglich schriftlich anzuzeigen, zu begründen sowie Abhilfemöglichkeiten unter Einhaltung der Vertragsziele mitzuteilen.

- 1.14 Der AN hat im Zuge der Leistungen der Stufe 2 gem. § 3.1.2 des Vertrags Bemusterungen hinsichtlich der sichtbaren Bauteile und Materialien durchzuführen. Die Bemusterung ist vom AN zeitlich und fachlich zu koordinieren.

Spätestens 4 Wochen vor einer Bemusterung ist der AN zunächst verpflichtet, beim AG zu erfragen, ob der AG eine und ggf. welche optische Gestaltung der AG für das zu bemusternde Bauteil oder Material wünscht, damit ggf. entsprechend passende Muster vom AN vorgelegt werden können. Die Bemusterungen sind – wenn möglich – vom AN mit mindestens drei Varianten durchzuführen, wobei der AN dem AG die Muster in natura vorlegt, soweit sich die Parteien nicht auf eine Bemusterung anhand von Lichtbildern einigen. Sollte dem AG ein vorgelegtes Muster nicht zusagen, ist der AG berechtigt – sofern möglich – die Vorlage drei weiterer Muster vom AN zu verlangen oder eigene Muster zu suchen.

Für die Bemusterungen sind vom AN alle Muster so rechtzeitig vorzulegen, dass unter Berücksichtigung einer Prüf- und Entscheidungszeit des AG von 2 Wochen keine Verzögerungen in der weiteren Umsetzung des Projekts entstehen. Die Entscheidungsfrist des AG beträgt mithin 2 Wochen nach Vorlage der vertragsgemäßen, zu bemusternden Materialien. Dies hat der AN bei seiner Terminplanung zu berücksichtigen. Der AG kann Dritte mit der Bemusterung in seinem Namen bevollmächtigen.

Die Ergebnisse der Bemusterungen sind vom AN in Bemusterungsprotokollen, welche auch eine genaue Bezeichnung des ausgewählten Produkts mit Produktnummer enthalten sollen, niederzulegen und vom AG unterzeichnen zu lassen. Sollte ein vom AG im Zuge der Bemusterung ausgewähltes Muster spezifische Nachteile gegenüber anderen zur Verfügung stehenden Mustern aufweisen, ist der AN verpflichtet, hierauf im Bemusterungsprotokoll schriftlich hinzuweisen und den AG über die Nachteile und deren Folgen im Bemusterungsprotokoll aufzuklären. Eine Ablichtung oder einen Scan des Bemusterungsprotokolls ist dem AG binnen 3 Tagen nach der Bemusterung vom AN zu übergeben. Darüber hinaus hat der AN über alle Bemusterungsergebnisse eine fortlaufende Bemusterungsliste zu führen und dem AG jeweils die aktuelle Fassung der Bemusterungsliste zu übergeben.

- 1.15 Der AN verpflichtet sich zur Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Sozialgesetzbuches III, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, des Arbeitnehmerentsendegesetzes, des Mindestlohngesetzes und des Gesetzes zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung. Der AN ist verpflichtet, dem AG auf dessen Verlangen hin durch Vorlage entsprechender Nachweise die Erfüllung seiner laufenden Verpflichtungen gegenüber Berufsgenossenschaften, Sozialversicherungsträgern und Steuerbehörden nachzuweisen.

2. Projektteam des AN, Vertretung des AG

- 2.1 Ein Wechsel des Projektleiters oder des stellvertretenden Projektleiters kann nur mit schriftlicher Zustimmung des AG erfolgen, es sei denn es bestehen zwingende Gründe für einen Wechsel, wie z.B. Kündigung oder eine länger andauernde Erkrankung.

Die vom AN im Falle eines Wechsels als Ersatz für den Projektleiter oder den stellvertretenden Projektleiter benannte Person muss die gleiche Qualifikation vorweisen, wie die ersetzte Person. Maßgebend sind für die Vergleichbarkeit der Qualifikation sind neben der Ausbildung auch die Berufserfahrung und die Referenzprojekte der Personen.

Der Projektleiter des AN und der stellvertretende Projektleiter des AN sind gegenüber dem AG bevollmächtigt, den AN im Zusammenhang mit diesem Vertrag zu vertreten. Die sonstigen Vertretungsverhältnisse des AN bleiben unberührt bestehen.

Der Projektleiter –sollte dieser urlaubs- oder krankheitsbedingt abwesend sein, der stellvertretende Projektleiter – ist verpflichtet, an allen Besprechungen mit dem AG teilzunehmen und alle wesentlichen Projektpräsentationen durchzuführen.

- 2.2 Der AN ist verpflichtet, sein Projektteam mit einer ausreichenden Anzahl von Mitarbeitern zu besetzen, die die deutsche Sprache beherrschen und über das für das Projekt erforderliche Fachkunde verfügen.
- 2.3 Der AG ist berechtigt, unter Angabe der Gründe jederzeit die Ablösung des Projektleiters oder des stellvertretenden Projektleiters oder anderer Mitglieder des Projektteams des AN zu verlangen, soweit in der Person des Abzulösenden ein wichtiger Grund vorliegt, der eine weitere Zusammenarbeit für den AG unzumutbar macht. In diesem Fall ist der AN verpflichtet, die Ablösung der betreffenden Person in angemessener Frist vorzunehmen. Im Falle eines abstellbaren wichtigen Grundes, besteht diese Verpflichtung des AN jedoch nur, soweit der AG dem AN zuvor fruchtlos eine angemessene Frist zur Abhilfe gesetzt hat.

3 Sicherungshypothek

Die Eintragung einer Sicherungshypothek gem. § 650e BGB kann der AN nicht verlangen, soweit der AG dem AN eine Sicherheit gem. § 650f BGB gestellt hat. Der AN ist verpflichtet die Löschung einer bereits eingetragenen Sicherungshypothek gem. § 650e BGB oder Vormerkung zur Eintragung einer Sicherungshypothek gem. § 650e BGB zu bewilligen, sobald der AG dem AN eine Sicherheit gem. § 650f BGB gestellt hat.

4 Leistungsänderungen / Zusatzleistungen

4.1 Nachtragsangebot des Auftragnehmers

- 4.1.1 Dem AG steht das Recht zu, gem. § 650q Abs. 1 BGB i. V. m. § 650b Abs. 1, S. 1 BGB eine Änderung des vereinbarten Werkerfolgs/ der vereinbarten Vertragsziele oder eine Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs/ der vereinbarten Vertragsziele notwendig ist, gegenüber dem AN zu begehren.

- 4.1.2 Der AN ist in diesem Fall – vorbehaltlich der nachstehenden Ziffern 4.1.3 und 4.1.6 – zunächst verpflichtet, dem AG unverzüglich ein schriftliches Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung infolge der vom Auftraggeber begehrten Änderung zu übergeben und dieses Angebot vorab per E-Mail an den AG zu übermitteln.

Der AN ist verpflichtet, in seinem Angebot über eine Mehr- oder Mindervergütung auch das bisherige Leistungssoll und das vom AG infolge der Änderung nach Ziff. 4.1.1 begehrte Leistungssoll anzugeben. Ferner ist der AN verpflichtet, die für die geänderte oder zusätzliche Leistung anfallende Mehr- oder Mindervergütung nachvollziehbar in seinem Angebot auszuweisen. Für die Berechnung der Mehr- oder Mindervergütung ist Ziff. 4.5 zugrunde zu legen.

Soweit nach Ansicht des AN die Ausführung einer Leistung, welche Gegenstand eines Änderungsbegehrens des AG gem. Ziff. 4.1.1 ist, Auswirkungen auf vertraglich vereinbarte Termine oder die für die bauliche Realisierung des Projekts erforderliche Zeit haben sollte, hat der AN dem AG dies unverzüglich unter Darlegung der Gründe hierfür in Textform mitzuteilen.

- 4.1.3 Die Pflicht des Auftragnehmers aus Ziff. 4.1.2 besteht jedoch im Falle einer Änderung im Sinne von § 650q Abs. 1 BGB i. V. m. § 650b Abs. 1, S. 1, Nr. 1 BGB nur, soweit dem Auftragnehmer die Ausführung der betreffenden geänderten oder zusätzlichen Leistung zumutbar ist. Auf Ziff. 4.3 wird insoweit verwiesen.

Die allgemeinen Leistungsverweigerungsrechte gem. § 275 Abs. 2 und 3 BGB bleiben daneben unberührt.

- 4.1.4 § 650q Abs. 1 BGB i. V. m. § 650b Abs. 1, S. 4 BGB bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt. Der Auftragnehmer verpflichtet sich insoweit, dem AG unverzüglich, spätestens binnen 2 Werktagen, in Textform anzuzeigen und begründet darzulegen, ob der AN Planungsunterlagen und ggf. welche Planungsunterlagen der AN

zur Erstellung eines Angebots über die Mehr- und Mindervergütung für eine vom AG begehrten Änderung noch benötigt.

- 4.1.5 Zudem verpflichtet sich der AN, soweit ein Fall des § 650q Abs. 1 BGB i. V. m. § 650b Abs. 1, S. 4 BGB vorliegen sollte, auf Anforderung des AG in Textform hin, auch eine etwaig vom Auftraggeber beizustellende, für die Änderung erforderliche Planung selbst zu erbringen: Dies gilt jedoch nicht, soweit dem AN dies nicht zumutbar sein sollte. Auf Ziff. 4.3 wird insoweit verwiesen. Die Vergütung des AN hierfür erfolgt in diesem Fall – soweit es sich um eine vom Auftragnehmer nicht schon nach dem Vertrag geschuldete Leistung handelt – nach Maßgabe von Ziff. 4.5.

- 4.1.6 Dem Auftraggeber steht zudem das Recht zu, auf die vorherige Übergabe eines Angebots des Auftragnehmers über eine Mehr- oder Mindervergütung zu verzichten, da die Vergütung von vom Auftraggeber beauftragten zusätzlichen und geänderten Leistungen des Auftragnehmers gem. Ziff. 4.5 bereits festgelegt ist.

Dem Auftraggeber steht daher das Recht zu, zusätzliche oder geänderte Leistungen des Auftragnehmers auch ohne vorherige Erstellung eines Angebots des Auftragnehmers und ohne Einhaltung der Fristen gem. Ziff. 4.4.2 verbindlich gegenüber dem Auftragnehmer anzuordnen. In diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet, die entsprechenden geänderten oder zusätzlichen Leistungen unverzüglich auszuführen, eine Änderung im Sinne von § 650q Abs. 1 BGB i. V. m. § 650b Abs. 1, S. 1, Nr. 1 BGB jedoch nur, soweit die Ausführung der betreffenden geänderten oder zusätzlichen Leistung nicht unzumutbar für den AN ist. Zudem bleiben die allgemeinen Leistungsverweigerungsrechte des AN gem. § 275 Abs. 2 und 3 BGB von dieser Regelung unberührt.

Eine solche verbindliche Anordnung im Sinne dieser Ziffer 4.1.6 liegt jedoch nicht schon in einem bloßen Änderungsbegehren des Auftraggebers, sondern nur in einer ausdrücklich unter Verzicht auf die Erstellung eines Angebots des Auftragnehmers gem. Ziff. 4.1.2 direkt verbindlich ausgesprochenen Anordnung einer zusätzlichen oder geänderten Leistung.

4.2 Ausführung von Planungsleistungen für Nachtragsleistungen der bauausführenden Unternehmer

- 4.2.1 Der AG ist in der Regel verpflichtet, den bauausführenden Unternehmern für jedwede geänderten oder zusätzlichen Leistungen zunächst die geänderte Planung zu übergeben. Insbesondere vor diesem Hintergrund vereinbaren die Parteien – vor allem zur Vermeidung etwaiger Behinderungen der bauausführenden Unternehmen –, dass der Auftragnehmer verpflichtet ist, im Rahmen der ihm beauftragten Stufen/ Leistungen die erforderlichen Planungsleistungen für etwaige vom Auftraggeber begehrte Änderungen des vereinbarten Werkerfolgs, für Änderungen zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs, Leistungsänderungen und/ oder Zusatzleistungen im Zusammenhang mit den vom Auftraggeber abgeschlossenen Bau- und Werkverträgen unverzüglich zu erbringen. Insoweit wird klargestellt, dass der AN solche Leistungen im Sinne der Stufe 2 nicht erbringen muss, wenn der AG den AN nicht mit Leistungen der Stufe 2 beauftragt hat.

Im Falle einer Änderung des mit dem Auftragnehmer vereinbarten Werkerfolgs/ Vertragsziels durch den Auftraggeber gem. § 650q Abs. 1 BGB i. V. m. § 650b Abs. 1, S. 1, Nr. 1 BGB besteht diese Pflicht des Auftragnehmers jedoch auch nur, sofern die Ausführung der betreffenden Planungsleistungen für den Auftragnehmer nicht unzumutbar ist. Auf Ziff. 4.3 wird verwiesen.

- 4.2.2 Die allgemeinen Leistungsverweigerungsrechte gem. § 275 Abs. 2 und 3 BGB bleiben von der Regelung in Ziff. 4.2.1 unberührt.

4.3 Unzumutbarkeit

- 4.3.1 Die Parteien sind sich einig, dass ein etwaiger Einsatz von Subunternehmern durch den Auftragnehmer nicht zu Lasten des Auftraggebers geht.

Der AN verpflichtet sich, bei Abschluss etwaiger Subunternehmerverträge sicherzustellen, dass seine Subunternehmer über die fachlichen und personellen Kapazitäten verfügen, um zusätzliche und/oder geänderte Leistungen im Zusammenhang mit dem vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungsbild für das vertragsgegenständliche Projekt zu erbringen.

Der Auftragnehmer kann die Unzumutbarkeit der Ausführung einer vom Auftraggeber begehrten Änderung gem. Ziff. 4.1.1 nicht deshalb gegenüber dem Auftraggeber einwenden und die Ausführung der betreffenden Leistung wegen Unzumutbarkeit verweigern, weil die Ausführung dieser Leistung für einen etwaig vom Auftragnehmer beauftragten Subunternehmer unzumutbar ist, soweit sie für den Auftragnehmer selbst zumutbar ist.

Der Auftragnehmer kann sich zudem insbesondere nicht darauf berufen, zur Erbringung von Leistungen, die in einem fachlichen Zusammenhang mit den dem Auftragnehmer übertragenen Leistungen stehen, nicht ausreichend qualifiziert zu sein, weil er diese Leistungen durch Subunternehmer ausführt, welche die erforderliche Qualifikation aufweisen.

- 4.3.2 Sollte die Ausführung einer vom Auftraggeber begehrten zusätzlichen oder geänderten Leistung (insbesondere die Ausführung einer vom Auftraggeber begehrten Änderung des vereinbarten Werkerfolgs/ der vereinbarten Vertragsziele im Sinne von § 650q Abs. 1 BGB i. V. m. § 650b Abs. 1, S. 1 Nr. 1 BGB) für den Auftragnehmer unzumutbar sein und der Auftragnehmer deshalb nicht verpflichtet sein, die betreffende Leistung selbst auszuführen, so verpflichtet sich der Auftragnehmer, dies dem Auftraggeber unverzüglich, spätestens binnen 2 Werktagen nach Zugang des Änderungsbegehrens des AG, mitzuteilen.

Ferner verpflichtet sich der Auftragnehmer, für den Fall, dass die Ausführung einer zusätzlichen oder geänderten Leistung für ihn unzumutbar sein sollte und er deshalb die betreffende Leistung nicht selbst oder durch Subunternehmer ausführen sollte,

4.3.2.1 alle Handlungen vorzunehmen und zu unterlassen sowie sämtlichen Mitwirkungshandlungen nachzukommen, die erforderlich sind, um die betreffende geänderte oder zusätzliche Leistung durch einen vom AG beauftragten Dritten ausführen zu lassen. Hierzu gehört insbesondere auch – soweit dem Auftragnehmer vorliegend – die unverzügliche Übergabe aller für die Ausführung der betreffenden Leistungen durch einen solchen Dritten notwendigen Informationen, Unterlagen und Planstände an den Auftraggeber und zwar digital in bearbeitbarer Form (z.B. im Format .dwg)

4.3.2.2 mit einem etwaig vom Auftraggeber mit der Ausführung der betreffenden Leistung beauftragten Dritten zu kooperieren, seine Leistungen mit denen des Dritten fachlich zu koordinieren und die von diesem Dritten erbrachten Leistungen in seine eigenen Leistungen zu integrieren.

4.3.2.3 dem Dritten auch schon vor Abnahme der Leistungen des AN etwaig erforderliche Eingriffe in die Leistungen des AN zur Ausführung der betreffenden geänderten oder zusätzlichen Leistung zu gestatten und dem Dritten zu gestatten, Veränderungen an den Leistungen des AN vorzunehmen, die zur Ausführung der betreffenden geänderten oder zusätzlichen Leistung erforderlich sind.

Soweit für die Leistungen gem. Ziff. 4.3.2.1 oder Ziff. 4.3.2.2 ein zusätzlicher Aufwand beim AN anfällt, erhält der AN hierfür eine zusätzliche Vergütung nach Maßgabe von Ziff. 4.5.

4.3.3 Die allgemeinen Leistungsverweigerungsrechte gem. § 275 Abs. 2 und 3 BGB bleiben von den Regelungen in den Ziffern 4.3.1 und 4.3.2 unberührt.

4.4 Anordnungsrecht des Auftraggebers

4.4.1 Sollten zwischen den Parteien Unstimmigkeiten bestehen, ob dem Grunde nach eine zusätzliche oder geänderte Leistung des Auftragnehmers vorliegt, so ist der AN – unbeschadet seiner ohnehin bestehenden Leistungsverpflichtung soweit es sich um eine schon vertraglich geschuldete Leistung handelt – jedenfalls auch dann verpflichtet, die betreffende Leistung auszuführen, wenn zuvor keine Einigung zwischen AN und AG darüber, ob dem Grunde nach eine zusätzliche oder geänderte Leistung vorliegt, erzielt wurde, sofern der AG die Ausführung der betreffenden Leistung in Textform anordnet. Ein Leistungsverweigerungsrecht des AN besteht in diesem Falle nicht.

Soweit es sich bei der vom AN daraufhin ausgeführten Leistung um eine geänderte oder zusätzliche Leistung handelt, erhält der AN hierfür eine zusätzliche Vergütung unter den Voraussetzungen und nach Maßgabe von Ziff. 4.5.

Es besteht jedoch Einigkeit, dass bloße Konkretisierungen der vereinbarten Vertragsziele keine geänderten oder zusätzlichen Leistungen des AN darstellen.

4.4.2 Im Übrigen richtet sich das Anordnungsrecht des AG, für den Fall, dass die Parteien keine Einigung nach § 650q Abs. 1 BGB i.V.m. § 650b Abs. 1 BGB erzielen können nach § 650q Abs. 1 BGB i.V.m. § 650b Abs. 2 BGB, wobei hiervon abweichend Folgendes vereinbart wird:

4.4.2.1 Die Frist von 30 Tagen gem. § 650q Abs. 1 BGB i.V.m. § 650b Abs. 2, S. 1 BGB wird auf 10 Tage verkürzt, soweit der Auftraggeber eine Änderung des vereinbarten Werkerfolgs/ der vereinbarten Vertragsziele (§ 650q Abs. 1 BGB i. V. m. § 650b Abs. 1, Nr. 1 BGB) begehrt.

4.4.2.2 Die Frist von 30 Tagen gem. § 650q Abs. 1 BGB i.V.m. § 650b Abs. 2, S. 1 BGB wird auf 5 Tage verkürzt, soweit der Auftraggeber eine Änderung zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs/ der vereinbarten Vertragsziele (§ 650q Abs. 1 BGB i. V. m. § 650b Abs. 1, Nr. 2 BGB) begehrt.

4.4.2.3 Für den Fall, dass es bei Abwarten der Frist gem. Ziff. 4.4.2.1 oder Ziff. 4.4.2.2 zu einer Störung oder Behinderung des Planungs- oder Bauablaufs oder gar zu einem Planungs- oder Baustillstand kommen würde, entsteht das Anordnungsrecht des AG gem. § 650q Abs. 1 BGB i.V.m. § 650b Abs. 2 BGB sofort.

4.4.2.4 Wenn nach den konkreten Umständen davon auszugehen ist, dass keine Einigung nach § 650q Abs. 1 BGB i.V.m. § 650b Abs. 1 BGB erzielt wird oder eine solche Einigung endgültig gescheitert ist, ist die Frist gem. § 650q Abs. 1 BGB i.V.m. § 650b Abs. 2, S. 1 BGB bzw. die Frist nach Ziff. 4.4.2.1 bis Ziff. 4.4.2.3 nicht abzuwarten. In diesen Fällen entsteht das Anordnungsrecht des AG gem. § 650q Abs. 1 BGB i.V.m. § 650b Abs. 2 BGB vielmehr sofort.

4.4.3 Darüber hinaus wird auf das Anordnungsrecht nach Ziff. 4.1.6 verwiesen.

4.5 Vergütung von zusätzlichen und geänderten Leistungen

Soweit der AN zusätzliche oder geänderte Leistungen erbringt, die vom ursprünglichen Leistungssoll des AN nicht erfasst sind und auch nicht auf eigene Planungsversäumnisse des AN, sondern auf eine vom AG begehrte zusätzliche oder geänderte Leistung (insbesondere die Ausführung einer vom AG begehrten Änderung des vereinbarten Werkerfolgs/ der vereinbarten Vertragsziele im Sinne von § 650q Abs. 1 BGB i. V. m. § 650b Abs. 1, S. 1 Nr. 1 BGB oder einer vom AG begehrten Änderung zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs/ der vereinbarten Vertragsziele im Sinne von § 650q Abs. 1 BGB i. V. m. § 650b Abs. 1, S. 1 Nr. 2 BGB) zurückzuführen sind, vereinbaren AG und AN, dass sich die Vergütung des AN für solche zusätzlichen oder geänderten Leistungen auf Basis des für die Ausführung dieser Leistungen tatsächlich erforderlichen Aufwands zu dem in § 5.7 des Vertrags vereinbarten Stundensätzen ermittelt. Die Parteien streben eine Pauschalierung des Zusatzhonorars vor Beginn der Arbeiten an. Auch im Übrigen sind die vertraglich vereinbarten Abrechnungsmodalitäten für Stundenlohnabrechnungen vom AN einzuhalten.

Kosten der Kostengruppen 200 bis 600 gem. DIN 276, die infolge der Ausführung von zusätzlichen und/ oder geänderten Leistungen des AN anfallen sind bei der Ermittlung der anrechenbaren Kosten für die Berechnung der Vergütung des AN

nicht zu berücksichtigen, da die zusätzlichen und/ oder geänderten Leistungen des AN bereits nach vorstehender Maßgabe vergütet sind.

Soweit die Parteien eine Vereinbarung über die Vergütung für zusätzliche oder geänderte Leistungen schließen, handelt es sich hierbei um eine abschließende Regelung über die mit der zusätzlichen/ geänderten Leistung verbundenen monetären und zeitlichen Auswirkungen. Einseitige Vorbehalte einer Partei, die nicht von beiden Parteien einvernehmlich gemacht werden, sind mit Abschluss der Vereinbarung ausgeschlossen.

4.6 Einstweiliges Verfügungsverfahren nach § 650d

Da derzeit noch ungeklärt ist, ob § 650d BGB entgegen dem Wortlaut des § 650q BGB auch für den Architekten- und Ingenieurvertrag Anwendung findet, vereinbaren die Parteien für den Fall, dass dem so sein sollte vorsorglich, dass in diesem Fall das Recht des AG und AN den Erlass einer einstweiligen Verfügung nach § 650d BGB zu beantragen durch diesen Vertrag nicht berührt wird.

4.7 Fortgeltung des Vertrags für Nachtragsleistungen

Die Bedingungen dieses Vertrags gelten auch für Nachtragsleistungen des AN.

5 Abnahme

5.1 Der AG ist verpflichtet, die vom AN erbrachten Leistungen rechtsgeschäftlich abzunehmen, sofern die dem AN beauftragten Leistungen vertragsgemäß und ohne wesentliche Mängel erbracht sind (Schlussabnahme). Die Parteien vereinbaren die Durchführung einer förmlichen Abnahme.

5.2 Der AN hat dem AG die Fertigstellung seiner Leistung schriftlich anzuzeigen und den AG mit einer Frist von mindestens 2 Wochen zur Abnahme seiner Leistungen aufzufordern.

5.3 Über die Schlussabnahme der Leistungen ist ein Protokoll zu erstellen.

5.4 Für den Fall, dass der AG den AN nach Fertigstellung der Leistungen der letzten dem AN beauftragten Stufe gem. § 3.1 des Vertrags nicht innerhalb des in § 3.3 des Vertrags vereinbarten Zeitraums mit weiteren Leistungen nach dem Vertrag beauftragen sollte, erfolgt die Abnahme der Leistungen des AN – soweit abnahmefähig und der AN den AG zur Abnahme auffordert – zwar erst nachdem seit der abnahmereifen Fertigstellung der letzten dem AN beauftragten Leistungen der in § 3.3 des Vertrags vereinbarten Zeitraum verstrichen ist, als Zeitpunkt zu dem die Abnahmewirkungen eintreten, gilt in diesem Falle jedoch der Zeitpunkt der abnahmereifen Fertigstellung der letzten dem AN beauftragten Leistung zzgl. eines Zeitraums von 2 Wochen. Dies ist im Abnahmeprotokoll auch zu vermerken.

5.5 Eine Teilabnahme von Leistungen des AN erfolgt – vorbehaltlich der Regelung in Ziffer 5.6 – nicht. Auch erfolgt keine Teilabnahme der Leistungen der Stufe 1 oder Stufe 2. Die Verpflichtung des AG zur Abnahme der Leistungen des AN entsteht – vorbehaltlich der Regelung in Ziffer 5.6 – einheitlich erst nach abnahmereifer Fertigstellung der letzten vom AN nach dem Vertrag erbrachten Leistung, wobei klargestellt wird, dass dies nicht für etwaig dem AN beauftragte Optionsleistungen gem. § 9.1.1 und § 9.1.2 des Vertrags gilt.

5.6 Für den Fall, dass der AN auch mit den Leistungen der Stufe 3 gem. § 3.1.3 des Vertrags beauftragt wird, vereinbaren die Parteien jedoch, dass dem AN das Recht zusteht eine Teilabnahme gem. § 650s BGB vom AG zu verlangen. Dieses Recht besteht jedoch erst 2 Monate nach Abnahme der letzten Leistung des/der bauausführenden Unternehmer(s). Auch die Teilabnahme gem. § 650s BGB hat förmlich zu erfolgen.

6 Haftplichtversicherung

6.1 Der AN ist verpflichtet, die Berufshaftpflichtversicherung gem. § 7 des Vertrages mindestens bis zur Schlussabnahme seiner Leistungen aufrechtzuerhalten. Ein Wechsel des Versicherers darf nicht erfolgen, es sei denn es bestehen wichtige Gründe hierfür.

Der AN hat dem AG etwaige Änderungen im Versicherungsschutz unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Darüber hinaus hat der AN dem AG jederzeit binnen 2 Wochen nach Anforderung durch den AG eine weitere, aktuelle Bestätigung seines Versicherers über den Bestand des Versicherungsschutzes zu übergeben.

6.2 Sollte die vom AN abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung nicht den vertraglichen Anforderungen genügen oder eine vorstehende Bestätigung der Versicherung gem. Ziff. 6.1 vom AN nicht fristgerecht vorgelegt werden, ist der AG berechtigt, nach Ablauf einer dem AN gesetzten angemessenen Nachfrist zur Vorlage der vertragsgemäßen Versicherungsbestätigung, eine den vertraglichen Anforderungen entsprechende projektbezogene Haftplichtversicherung, durch welche die Leistungen des AN versichert werden, abzuschließen und die Kosten hierfür von der vereinbarten Vergütung des AN in Abzug zu bringen. Alternativ ist der AG in diesem Fall auch berechtigt, den vorliegenden Vertrag außerordentlich zu kündigen.

7 Kündigung und Kündigungsfolgen

7.1 Der Vertrag kann vom AG ohne Angabe von Gründen jederzeit ordentlich gekündigt werden.

Kündigt der AG den Vertrag ganz oder teilweise ordentlich, vereinbaren die Parteien den Umfang der vom AN infolge der Vertragskündigung ersparten Aufwendungen mit 60 % des Honorars, welches auf die dem AN beauftragten aber von ihm noch nicht erbrachten Leistungen entfällt, sofern keine der Parteien im Einzelfall einen von dieser Pauschalierung abweichenden Umfang an ersparten Aufwendungen nachweist. Der Abzug eines anderweitigen Erwerbs oder eines böswillig unterlassenen anderweitigen Erwerbs von der Vergütung gemäß § 648 Satz 2 BGB bleibt daneben unberührt und ist zusätzlich zu berücksichtigen.

Der AN verpflichtet sich, dem AG im Falle der ordentlichen Kündigung des vorliegenden Vertrags diejenigen Auskünfte in Textform zu erteilen und alle Unterlagen zu übergeben, die erforderlich sind, um die vom AN infolge der Kündigung ersparten Aufwendungen und die Höhe eines infolge der Kündigung anderweitigen Erwerbs zu ermitteln.

Die vorstehenden Absätze dieser Ziff. 7.1 gelten entsprechend, wenn der Vertrag vom AN aus einem wichtigen Grund gekündigt wird, den der AG verschuldet hat.

- 7.2 Darüber hinaus sind beide Parteien zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt. Ein wichtiger Grund für den AG liegt insbesondere auch dann vor, wenn

7.2.1 das vom AN einzuhaltende Budget für das Projekt gem. § 1.4 des Vertrages aufgrund der Planung des AN nicht eingehalten wird und der AN entweder erklärt, dass es ihm nicht möglich ist, das Budget für das Projekt gem. § 1.4 des Vertrages unter Erfüllung der Vertragsziele einzuhalten oder der AG dem AN fruchtlos eine angemessene Frist nebst Androhung der außerordentlichen Kündigung für den Fall der Fristversäumnis gesetzt hat, seine Planung so nachzubessern, dass das Budget für das Projekt gem. § 1.4 des Vertrages unter Erfüllung der Vertragsziele eingehalten wird, oder

7.2.2 der AN im Hinblick auf einen vereinbarten Termin in Verzug gerät und auch eine ihm diesbezüglich nach Ablauf des vereinbarten Termins gesetzte angemessene Frist nebst Androhung der außerordentlichen Kündigung für den Fall der Fristversäumnis fruchtlos verstrichen ist, oder

7.2.3 der AN ohne berechtigten Grund seine Leistungen nicht beginnt oder seine Leistung unterbricht und diese auch innerhalb einer vom AG gesetzten angemessenen Frist nebst Androhung der außerordentlichen Kündigung für den Fall der Fristversäumnis nicht oder nicht wieder aufnimmt, oder

7.2.4 der AN seine Leistungen so verzögert ausführt, dass die Einhaltung der vereinbarten Termine ausgeschlossen ist und auch eine vom AG unter Benennung der zu beanstandenden Umstände gesetzte angemessenen Frist zur Abhilfe nebst Androhung der außerordentlichen Kündigung für den Fall der Fristversäumnis fruchtlos verstrichen ist, oder

7.2.5 der AN die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen beantragt, oder

7.2.6 die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des AN mangels Masse abgelehnt wird.

7.2.7 der AN ohne schriftliche Zustimmung des AG Leistungen nicht im eigenen Betrieb oder durch einen für diese Leistung im Vergabeverfahren bereits benannten Subunternehmer erbringt und auch innerhalb einer vom AG gesetzten angemessenen Frist zur Aufnahme der betreffenden Leistungen im eigenen Betrieb bzw. durch den im Vergabeverfahren bereits benannten Subunternehmer nebst Androhung der außerordentlichen Kündigung für den Fall der Fristversäumnis dem nicht nachkommt.

- 7.3 Die Kündigung des Auftraggebers kann auf einen abgrenzbaren Teil der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen beschränkt werden (Teilkündigung).

- 7.4 Ein etwaiges außerordentliches Kündigungsrecht des AN wegen eines etwaigen Zahlungsverzugs des Auftraggebers besteht frühestens nach Ablauf einer dem AG erfolglos gesetzten 3-wöchigen schriftlichen Nachfrist des AN zur Zahlung der fälligen, jedoch vom AG nicht gezahlten Vergütung, sofern der AN gleichzeitig erklärt hat, dass er den Vertrag nach Ablauf der dem AG gesetzten Nachfrist zur Zahlung der offenen Vergütung kündigen werde.

- 7.5 Der AN hat im Falle der Kündigung seine erbrachten Leistungen von den nicht erbrachten Leistungen prüfbar abzugrenzen und prüfbar den Wert der erbrachten Teilleistung zur Gesamtleistung und das Verhältnis des Pauschalansatzes für die erbrachte Teilleistung zum Pauschalpreis darzulegen.

Die Parteien vereinbaren zur Bewertung von Teilleistungen – soweit möglich – eine Orientierung anhand der Teilleistungstabellen von Siemon für die HOAI 2021 (abrufbar z.B. unter: www.kbld.de/siemon-tabelle)

- 7.6 Im Falle einer Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertrages hat der AN seine Leistungen ferner so abzuschließen, dass der AG die Leistungen ohne Schwierigkeiten übernehmen und die Weiterführung derselben durch einen Dritten veranlassen kann.

Der AN ist verpflichtet, dem AG binnen 1 Woche nach Zugang der Kündigungserklärung einen Abschlussbericht zu übergeben, der den vollständigen Leistungsstand des AN bis zum Tag des Zugangs der Kündigungserklärung dokumentiert.

Der AN ist weiter verpflichtet dem AG im Falle der Kündigung des Vertrags oder sonstigen Vertragsbeendigung zusammen mit diesem Abschlussbericht sämtliche von ihm nach diesem Vertrag erstellten Arbeitsergebnisse herauszugeben.

Der AN verpflichtet sich zudem, dem AG im Falle der Kündigung des Vertrags oder sonstigen Vertragsbeendigung auch sämtliche von diesem erhaltenen im Zusammenhang mit dem vertragsgegenständlichen Projekt erhaltenen Dokumente, Daten und Unterlagen herauszugeben.

- 7.7 Ein Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrecht des AN an den Arbeitsergebnissen und Dateien gemäß Ziff. 7.6 besteht nicht, es sei denn dem AN stehen nicht erfüllte, jedoch vom AG anerkannte, unstreitige oder gerichtlich festgestellte Ansprüche gegen den AG zu.

8 Subunternehmer

Der AN hat die ihm übertragenen Leistungen mit seinem eigenen Büro zu erbringen. Auch eine Vergabe von Teilen der übertragenen Leistungen auf Subunternehmer (freie Mitarbeiter, selbständige Architekten/ Ingenieure oder andere Büros) ist nur mit schriftlicher Zustimmung des AG zulässig, es sei denn der AN hat bereits im Vergabeverfahren benannt, dass er den betreffenden Subunternehmer für die jeweilige Leistung einsetzen wird.

Der AG kann die Erteilung der Zustimmung zum Einsatz eines Subunternehmers insbesondere davon abhängig machen, dass der Subunternehmer des AN dem AG zuvor aufschiebend bedingt für den Fall seiner Beauftragung durch den AN

die Rechte an seinem Werk in dem Umfang gem. § 8 des Vertrages in gesonderter Urkunde überträgt. In diesem Fall entfällt, die Verpflichtung des AN nach § 8.4, Abs. 2 des Vertrages, sich diese Rechte selbst übertragen zu lassen.

9 Abtretungsverbot / Leistungsverweigerungsrecht / Zurückbehaltungsrecht

- 9.1 Der AN ist nicht berechtigt, Ansprüche gegen den AG ohne dessen schriftliche Zustimmung abzutreten. Der AN ist auch nicht berechtigt, Ansprüche gegen den AG ohne dessen schriftliche Zustimmung zu verpfänden.
- 9.2 Ein Zurückbehaltungsrecht des AN an den für den AG zu fertigenden und diesem zu übergebenden Arbeitsergebnissen, Datenträgern sowie elektronischen Daten ist ausgeschlossen, es sei denn, dem AN stehen noch unerfüllte und vom AG anerkannte, unstreitige oder zugunsten des AN rechtskräftig Ansprüche gegen den AG zu. Dies gilt auch im Falle der Kündigung oder sonstigen vorzeitigen Beendigung des Vertrags.
- 9.3 Will der AN ein Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrecht geltend machen, so ist er zuvor verpflichtet, denjenigen Betrag in Textform zu beziffern, wegen dessen er das Recht geltend machen will.

Bestreitet der AG die Berechtigung der Geltendmachung des Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrechts, so ist er berechtigt, dessen Geltendmachung durch Sicherheitsleistung abzuwenden.

Die Sicherheit kann geleistet werden durch Hinterlegung des vom AN bezifferten, streitigen Betrags.

Alternativ kann die Sicherheit auch geleistet werden durch Stellung einer selbstschuldnerischen Bürgschaft in entsprechender Höhe, welche die streitigen Ansprüche des AN absichert. Die Bürgschaft muss in diesem Fall von einer deutschen Bank oder einem deutschen Kreditversicherer oder einem deutschen öffentlich-rechtlichen Kreditinstitut mit allgemeinem Gerichtsstand in Deutschland ausgestellt sein.

Der AN hat die Kosten einer Bürgschaft gem. dieser Ziff. 9.3 in üblicher Höhe, maximal jedoch in Höhe von 2% der Bürgschaftssumme pro Jahr, in demjenigen Umfange zu tragen, in dem die Geltendmachung des Leistungsverweigerungs- bzw. Zurückbehaltungsrechts unberechtigt war.

10 Schlussbestimmungen, Sonstiges

- 10.1 Streitigkeiten berechtigen den AN nicht zur Einstellung seiner Arbeiten.
- 10.2 Alle von den Parteien im Rahmen des Vertrages zu erstellenden Unterlagen sind in deutscher Sprache abzufassen. Insbesondere findet jegliche Vertragskorrespondenz in deutscher Sprache statt.
- 10.3 Ziffern ohne weitere Angabe sind solche dieser Zusätzlichen Vertragsbedingungen.